

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

05.01.2019

Beschluss: Menschenrechte sind nicht verhandelbar - Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien stoppen

Nach den letzten Erkenntnissen rund um den Journalisten Jamal Khashoggi stellen die Freien Demokraten Baden-Württemberg fest, dass sich Saudi-Arabien immer weiter zu einem unberechenbaren Partner im jetzt schon unübersichtlichen Nahen Osten entwickelt. Die Ermordung des regierungskritischen Journalisten Jamal Khashoggi zeigt in aller Deutlichkeit, wie es um die Menschenrechte in Saudi-Arabien steht. Journalisten, welche nicht im Konsens mit der Regierung publizieren, werden extrem in ihrer Pressefreiheit eingeschränkt. Die Ermordung Khashoggis sendet ein deutliches Zeichen in Richtung aller regimekritischen Journalisten: "Schweigt, oder wir bringen euch zum Schweigen." Auch die fortgesetzte Inhaftierung des zu Peitschenhieben verurteilten liberalen Bloggers und Menschenrechtlers Raif Badawi, seiner Schwester Samar Badawi, seines Anwalt Abu al-Khair und seines Mitstreiters Fahad Al-Fahad und weiteren Vorkämpfern für Menschen- und Frauen- und Freiheitsrechte in Saudi-Arabien beunruhigen uns Liberale zutiefst. Sie sind Zeichen, dass Saudi-Arabien es mit Modernisierung und Öffnung der Gesellschaft nicht ernst meint, und sind nicht akzeptabel.

Derartige Verletzungen der UN-Menschenrechtscharta darf die Bundesrepublik Deutschland nicht weiter hinnehmen. Deswegen fordern die Freien Demokraten Baden-Württemberg:

- Eine unabhängige und lückenlose Untersuchung im Mordfall Khashoggi, die auch eine juristische Verfolgung der beteiligten Personen umfasst. Wir unterstützen den Vorstoß des UN-Generalsekretärs António Guterres ausdrücklich, welcher eine Untersuchung der Vereinten Nationen im Mordfall Khashoggi fordert.
- Eine grundsätzliche Überprüfung des Verhältnisses zu Saudi-Arabien. Menschenrechte stehen in Saudi-Arabien nach wie vor zur Disposition. Daran hat auch die Ernennung von Mohammed bin Salman zum Kronprinzen nichts geändert. Aus diesem Grund gehört alles auf den Prüfstand, auch die Beziehung der Bundesrepublik Deutschland zum Land Saudi-Arabien und die Einstufung Saudi-Arabiens als verlässlicher strategischer Partner.

- Eine Fortsetzung des Stopps der deutschen Waffenexporte nach Saudi-Arabien bis zu einer nachweislichen Änderung der Menschenrechtslage.
- Einen Vorstoß der Bundesrepublik Deutschland auf EU- und NATO-Ebene, der darauf abzielt, dass ebenfalls keine Waffenexporte aus einem anderen EU-Land oder NATO-Partner an Saudi-Arabien gehen.